



Detailansicht des Registereintrags

Europa-Union Deutschland e.V.

Stand vom 30.06.2025 20:08:16 bis 30.10.2025 14:56:34

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002271
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	30.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	30.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Chausseestraße 84 10115 Berlin Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +4930921014000 E-Mail-Adressen: info@europa-union.de Webseiten: www.europa-union.de</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Öffentliche Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Sonstiges, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Rainer Wieland

Funktion: Präsident

2. Gabriele Bischoff

Funktion: Vize-Präsidentin

3. Dr. Claudia Conen

Funktion: Vize-Präsidentin

4. Chantal Kopf

Funktion: Vize-Präsidentin

Tätigkeit:

Mitglied des Deutschen Bundestages

5. Prof. Dr. Joachim Wuermeling

Funktion: Schatzmeister

6. Christian Moos

Funktion: Generalsekretär

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (1):

1. Christian Moos

Gesamtzahl der Mitglieder:

15.442 Mitglieder am 18.06.2025, davon:

14.777 natürliche Personen

665 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (3):

1. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
2. Europäische Bewegung Deutschland e.V. (EBD)
3. Union Europäischer Föderalisten (UEF)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (19):

Außenpolitik; Internationale Beziehungen; Schulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Entwicklungspolitik; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU; Institutionelle Fragen der EU; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Kinder- und Jugendpolitik; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit"; Asyl und Flüchtlingsschutz;

Migration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Sonstiges im Bereich "Verteidigung"; Demokratie & Rechtsstaatlichkeit

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Europa-Union Deutschland ist die größte demokratisch organisierte und lokal verwurzelte Bürgerinitiative für Europa in Deutschland. Mit unseren rund 16.000 Mitgliedern, 18 Landes- und Auslandsverbänden sowie mehr als 250 Kreisverbänden setzen wir uns für die europäische Einigung ein – unabhängig und überparteilich.

Europa vordenken lautet unsere Devise seit Gründung der Europa-Union im Jahr 1946. Unser Ziel ist ein Europäischer Bundesstaat auf Grundlage einer Verfassung, die Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sichert. Daraus ergeben sich vielfältige politische Forderungen. Wir setzen uns für mehr gemeinsames europapolitisches Handeln ein und die Verankerung von europapolitischer Bildung in der schulischen und außerschulischen Bildung. Zu unseren Forderungen gehört die Abschaffung der Einstimmigkeit im Rat der EU und eine stärkere europäische Zusammenarbeit in unterschiedlichen Politikbereichen. Für die wachsenden gemeinsamen europäischen Aufgaben auch im Bereich von Sicherheit und Verteidigung ist eine bessere Ausstattung des EU-Haushalts nötig. Da wir uns seit unseren Anfängen für offene Binnengrenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten einsetzen und die Schaffung des Schengenraums als große Errungenschaft ansehen, die es zu schützen gilt, fordern wir, die neuerlich eingeführten Kontrollen an den deutschen Grenzen und an den Binnengrenzen zwischen anderen EU-Ländern wieder abzuschaffen und nicht zu verstetigen.

Mit unserer informellen Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag, bestehend aus Mitgliedern unseres Vereins, wollen wir zum interfraktionellen Austausch über europapolitische Themen und zur überparteilichen Stärkung des europäischen Gedankens beitragen. Dazu veranstalten wir in Kooperation mit dem Parlamentariergruppen-Vorstand wenn möglich ein- bis zweimal jährlich öffentliche Veranstaltungen im Deutschen Bundestag. Zum Zweck der Interessensvertretung treten wir darüber hinaus mit Abgeordneten durch direkte Anschreiben, die Übermittlung unserer Kongressbeschlüsse sowie durch persönliche Gespräche direkt in Kontakt. Auch mit Regierungsmitgliedern und Mitarbeitern von Ministerien wird punktuell Kontakt aufgenommen. Ein weiteres Anliegen unseres Verbandes ist die Beibehaltung von Zuwendungen für unseren Verein auf Beschluss des Deutschen Bundestages sowie generell die Beibehaltung von Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt für die Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen insbesondere im Bereich der Demokratieförderung, der Kinder- und Jugendarbeit, der politischen Bildung und der Freiwilligendienste.

Von der Europa-Union Deutschland und ihren Gliederungsverbänden werden Abgeordnete des Deutschen Bundestages regelmäßig als Mitwirkende zu öffentlichen Diskussionsveranstaltungen im Bundesgebiet eingeladen. Hiermit möchte die Europa-Union ihrer Rolle als Mittlerin zwischen den Menschen und der Politik gerecht werden, über europäische Themen informieren und Öffentlichkeit für Europa sowie ihre proeuropäischen Positionen schaffen.

Das Hauptaugenmerk des Europa-Union Bundesverbandes ist die Unterstützung ihrer

Ehrenamtlichen in ihren Gliederungsverbänden, die Öffentlichkeitsarbeit für Europa und die Förderung der Völkerverständigung. Für Interessensvertretung im Sinne des Lobbyregisters stehen nur äußerst begrenzte Ressourcen zur Verfügung.

Konkrete Regelungsvorhaben (13)

1. Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einem europäischen Bundesstaat

Beschreibung:

Die Europa-Union setzt sich seit 1946 für die Schaffung eines in Frieden und Freiheit geeinten föderalen Europas ein, dessen Grundpfeiler Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte sind. Wir fordern daher sowohl Reformen der EU-Institutionen als auch die Intensivierung der europäischen Zusammenarbeit in unterschiedlichen Politikbereichen. Unsere Forderungen umfassen u.a. die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat der EU und die Stärkung des EU-Parlaments. Perspektivisch muss die EU-Kommission zu einer Regierung werden, die vom Parlament vorgeschlagen und vom Rat bestätigt wird. Die Vorschläge des EU-Parlaments für eine Vertragsreform [P9_TA(2023)0427] müssen umgesetzt werden. Dafür muss zeitnah ein Europäischer Konvent eingesetzt werden.

Interessenbereiche:

Außenpolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Institutionelle Fragen der EU [alle RV hierzu]; Internationale Beziehungen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]; Demokratie & Rechtsstaatlichkeit

2. Stärkung des Europäischen Parlaments und EU-Wahlrechtsreform

Beschreibung:

Die Europa-Union fordert die Gleichstellung des Europäischen Parlaments und des Rates der EU bei Entscheidungen über den EU-Haushalt sowie alle europäischen Richtlinien und Verordnungen. Das Europäische Parlament soll zudem ein Initiativrecht erhalten. Ein einheitliches europäisches Wahlrecht mit einem europaweiten Wahlalter ab 16 und mit einer Erststimme für nationale und regionale Kandidaturen sowie einer Zweitstimme für Listen europäischer Parteien soll eingeführt werden.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Institutionelle Fragen der EU [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]

3. Abschaffung der Einstimmigkeit im Rat der EU und im Europäischen Rat

Beschreibung:

Die Europa-Union fordert die Ersetzung der Einstimmigkeitsregel im Rat der EU und im Europäischen Rat durch Mehrheitsentscheidungen in allen Politikbereichen. Auch über Erweiterungen und Vertragsveränderungen soll mit qualifizierter Mehrheit bzw. per europaweiten Referenden entschieden werden.

Interessenbereiche:

Außenpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU [\[alle RV hierzu\]](#); Institutionelle Fragen der EU [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [\[alle RV hierzu\]](#)

4. Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der EU

Beschreibung:

Die Europa-Union fordert die Einführung effektiver Sanktionsmechanismen für EU-Mitgliedstaaten, die gegen die Grundsätze von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verstößen.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Institutionelle Fragen der EU [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [\[alle RV hierzu\]](#); Demokratie & Rechtsstaatlichkeit

5. Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion, eines EU-Kommissars für Verteidigung und einer Europäischen Armee

Beschreibung:

Die Europa-Union fordert die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion, die perspektivisch auch eine vom Europäischen Parlament kontrollierte Armee umfassen soll. Zu ihrer Verwirklichung muss die kostspielige und ineffektive Fragmentierung der europäischen Verteidigungssysteme überwunden werden. Erforderlich ist daher eine gemeinsame europäische Beschaffungspolitik, um Synergieeffekte zu erzeugen. Dies muss einhergehen mit der Einführung eines EU-Kommissars / einer EU-Kommissarin für Verteidigung. Das transatlantische Bündnis soll dabei gestärkt werden.

Interessenbereiche:

Außenpolitik [\[alle RV hierzu\]](#); EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU [\[alle RV hierzu\]](#); Institutionelle Fragen der EU [\[alle RV hierzu\]](#); Internationale Beziehungen [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Verteidigung" [\[alle RV hierzu\]](#)

6. Ausbau und Stärkung der Europäische Kohäsionspolitik

Beschreibung:

Die Europa-Union fordert eine EU-Kohäsionspolitik, die sich nicht auf Regional- und Strukturförderung beschränkt, sondern gezielte Anreize schafft für private und öffentliche Investitionen, um die Lebensverhältnisse in Europas Regionen anzugeleichen. Dazu gehören eine europäische Finanzierung von Zukunftsinvestitionen, eine Harmonisierung der Steuerpolitik, mehr europäische Eigenmittel, ein europäischer Mindestlohn, eine europäische Arbeitslosenrückversicherung und ein dauerhaftes Instrument zur Unterstützung von Kurzarbeiterreglungen (SURE).

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [\[alle RV hierzu\]](#); Institutionelle Fragen der EU [\[alle RV hierzu\]](#); Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [\[alle RV hierzu\]](#)

7. Förderung der Medienvielfalt und öffentlich-rechtlicher Medien in der EU zur Schaffung einer Europäische Öffentlichkeit

Beschreibung:

Die Europa-Union fordert eine starke gemeinsame europäische Medienaufsicht und vollständig unabhängige überparteiliche öffentlich-rechtliche Medien sowie mehr transnationale Medienangebote. Dies beinhaltet auch die Bekämpfung von Desinformation.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]; Demokratie & Rechtsstaatlichkeit

8. Reform der Europäischen Asyl- und Migrationspolitik

Beschreibung:

Die Europa-Union fordert eine gemeinsame, solidarische und menschenrechtskonforme europäische Migrationspolitik, die Asyl, internationalen Schutz, gezielte Arbeitsmigration und Integration regelt und durch internationale Zusammenarbeit aktiv zur Bekämpfung von Fluchtursachen beiträgt.

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Internationale Beziehungen [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

9. Ausbau der europapolitischen Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich und Einführung Europäischer Mindeststandards

Beschreibung:

Die Europa-Union fordert den Ausbau der europapolitischen Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich (formale und non-formale Bildung) sowie im Erwachsenenbereich. Auch wegen der Senkung des Wahlalters zur Europawahl auf 16 Jahre muss die politische Bildung in den Schulen früher einsetzen und einen größeren Stellenwert erhalten. Wichtig dabei ist, dass künftig Schülerinnen und Schüler aller Schultypen EU-weit einen hochwertigen verpflichtenden Unterricht in diesem Bereich erhalten. Hierfür müssen europäische Mindeststandards für die Lehrpläne eingeführt werden. Auch europaweite Austausch- und Demokratieförderprogramme müssen gestärkt werden.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Schulische Bildung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]; Demokratie & Rechtsstaatlichkeit

10. Erhaltung der Förderung für die Europa-Union und andere zivilgesellschaftlicher Organisationen aus dem Bundeshaushalt in gleichbleibender Höhe

Beschreibung:

Die Europa-Union setzt sich dafür ein, dass ihre institutionelle Förderung in der aktuellen Höhe erhalten bleibt und dass im Bundeshaushalt 2025 auch bei anderen geförderten

zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Projekten keine Kürzungen vorgenommen werden. Förderungen für politische Bildungseinrichtungen, Beratungsstellen, Freiwilligendienste, soziale Initiativen und andere Organisationen bürgerschaftlichen Engagements dürfen nicht eingespart, sondern müssen verstetigt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

HG 2024 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Demokratie & Rechtsstaatlichkeit

11. Beteiligung von Zivilgesellschaft und Jugendvertretungen am politischen Prozess und Förderung ihrer Arbeit

Beschreibung:

Die Europa-Union fordert die Einbindung von Vereinen und Verbänden, auch Jugendverbänden, in einen strukturierten Dialog im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungen. Wir fordern die Beteiligung von Jugendverbänden an politischen Prozessen sowie eine strukturelle Förderung und bedarfsgerechte Finanzierung ihrer Aktivitäten. Bereits bestehende Bildungs- und Jugendförderprogramme sowie Beteiligungsstrategien müssen gestärkt werden.

Interessenbereiche:

Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Demokratie & Rechtsstaatlichkeit

12. Erhöhung des Volumens des Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU 2028-2034

Beschreibung:

Das Volumen des MFR muss angesichts der Herausforderungen, vor denen Europa steht, weiter ansteigen. Der MFR muss mit mehr Mitteln für die Sicherstellung öffentlicher europäischer Güter ausgestattet werden. Dazu bedarf es neuer Einnahmequellen für die EU und gemeinsamer Finanzierungsinstrumente. Wichtige Bereiche der Finanzierung sind die europäische Verteidigung, Maßnahmen zur sozialen Kohäsion, gemeinsame Forschung, der Ausbau transeuropäischer Netze und die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der europäischen Zivilgesellschaft. Dabei muss die Beibehaltung eigenständiger Programme wie Erasmus+ sichergestellt werden. Der nächste MFR benötigt einen konsolidierten Rahmen für den Demokratischutz, damit Europa seine Werte und Rechtsstaatlichkeit bewahren kann.

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

13. Kontrollen an den deutschen Grenzen zurücknehmen

Beschreibung:

Wir fordern, die eingeführten Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen zu EU-Mitgliedstaaten wieder abzuschaffen und diese nicht zu verlängern oder zu verstetigen. Im Jahr seines 40-jährigen Bestehens muss der Schengenraum als Kernstück der europäischen Integration verteidigt und geschützt werden.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Dorotheenstraße 84, 10117 Berlin

Betrag: 490.001 bis 500.000 Euro

Institutionelle Förderung (Fehlbedarfsfinanzierung)

2. Europäisches Parlament

Europäische Union

60 rue Wiertz, B-1047 Brüssel

Betrag: 50.001 bis 60.000 Euro

Fehlbedarfsfinanzierung zur Projektförderung: "European Townhall Talks - A Series of Citizen Dialogues for the European Elections 2024"

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

10.001 bis 20.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

190.001 bis 200.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[Europa-Union-Deutschland-Bilanz-sowie-Gewinn-und-Verlustrechnung-2024-FINAL.pdf](#)